

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 2. August 1928

Nummer 61

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigte Ende 1927 in sich 38 freie Gewerkschaften mit insgesamt 4 415 689 Mitgliedern gegen 3 932 935 Ende 1926. Der Zuwachs an Mitgliedern innerhalb eines Jahres betrug demnach 12,2 Proz. Bis März 1928 war eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl um rund 132 000 eingetreten, so daß seit dem Tiefstand im September 1926 ein Gewinn von 655 000 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände innerhalb des Jahres 1927:

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres		im Jahresdurchschnitt	
	1927	1926	1927	1926
	insgesamt		davon weiblich	
Haugewerksbund ..	402 252	339 159	374 671	359
Befeldigungsarbeiter ..	74 076	69 737	71 920	34 143
Bergarbeiter ..	191 740	184 275	186 606	215
Böttner ..	8 142	8 040	8 177	145
Buchbinder ..	53 187	48 853	50 833	33 868
Buchdrucker ..	81 305	80 477	80 824	—
Facharbeiter ..	10 691	9 200	9 900	—
Eisenbahner ..	233 368	210 568	223 582	1 298
Fabrikarbeiter ..	423 059	375 935	403 662	89 688
Feuerwehrcamänner ..	7 940	7 396	7 873	—
Hilfsgewerkschaft ..	—	1 273	—	—
Melker ..	10 643	14 018	15 007	2 230
Mechaniker ..	3 939	3 850	3 789	431
Maler ..	9 540	9 117	9 425	1 243
Metzger ..	228 522	207 917	218 556	33 410
Metzgerhilfsarbeiter ..	39 007	36 433	38 063	24 719
Motorenarbeiter ..	298 835	266 055	278 261	19 587
Polier, Kleber- und Gips-Angeboter ..	25 083	23 032	23 934	5 991
Putzwerker ..	18 117	17 217	17 776	11 476
Rumpfenmacher ..	6 635	6 296	6 502	—
Schneidwaren ..	152 880	141 778	131 181	14 682
Textilmaschinen- und Textilmaschinenarbeiter ..	74 443	68 997	71 829	4 477
Textilmaschinenarbeiter ..	38 185	36 191	36 991	7 453
Textilmaschinen ..	23 212	22 463	22 814	12
Metzger ..	48 746	42 648	46 101	185
Maschinen ..	46 359	43 505	43 519	30
Metzger ..	81 538	67 593	73 699	54 128
Müller ..	22 864	21 057	22 085	359
Nahrungs- und Weinmittelarbeiter ..	52 580	51 512	52 010	23 063
Putz-, Lackier-, Bortel-, Lackier-, Bortel-, Lackier- ..	29 618	27 370	28 245	4 524
Porzellanarbeiter ..	2 884	2 772	2 827	—
Porzellan ..	77 907	71 113	74 557	32 171
Schweizer ..	11 048	11 116	11 088	111
Sticker ..	63 798	54 489	59 987	430
Tabakarbeiter ..	71 379	58 558	64 600	49 287
Textilarbeiter ..	300 670	284 773	292 930	172 006
Textilmaschinen ..	351 435	313 069	331 843	28 583
Verkehrs ..	101 601	86 313	94 533	—
Summa ..	4 415 689	3 932 935	4 150 160	650 501

1) Verband hat nicht berichtet.

In gleicher Weise wie sich die Entwicklung der Mitgliederzahl der im ADGB. vereinigten freien Gewerkschaften günstig gestaltet hat, kann dies natürlich auch von den Finanzen festgestellt werden. Aus Beiträgen wurden insgesamt 169 613 598 M. oder 40,87 M. je Mitglied im Jahresdurchschnitt von 1927 gegen 34,62 M. im Jahre 1926 eingenommen. Diese Erhöhung des Jahresdurchschnitts aus Beitragseinnahmen ist nicht nur auf die gewachsene Mitgliederzahl zurückzuführen, sondern in viel größerem Maße einer Erhöhung der Beitragssätze zuzuschreiben; auch die geringere Arbeitslosigkeit hat dazu beigetragen. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften beliefen sich im Jahre 1927 auf 182 Millionen Mark.

Infolge der günstigeren Wirtschaftslage im Jahre 1927 haben sich auch die Gesamtausgaben der Gewerkschaften mit 129 463 897 M. um 6 066 094 M. gegenüber dem Jahre 1926 verringert. Für Unterstützungen waren im Jahre 1927 nur 40 965 984 M. gegen 62 064 263 M. im Jahre 1926 erforderlich. Der größte Teil der Ausgabenverringerung fiel auf die Arbeitslosenunterstützung mit nicht ganz 15 Millionen Mark gegen 39,6 Millionen im Jahre 1926. In anderen Unterstützungen wurden im einzelnen noch aufgewendet: für Krankenunterstützung 437 164 Mark, Krankenunterstützung 17 892 547 M. (1926: 14 758 596 M.), Invalidenunterstützung 2 020 451 M. (davon in unserm Verband allein 1 110 579 M. oder 48 Proz.), Sterbefallunterstützung 2 711 095 M., sonstige

Unterstützungen 2 370 917 M. und Rechtschutz 652 254 M. Gestiegen ist die Ausgabe für wirtschaftliche Bewegungen und Arbeitskämpfe, und zwar von 6 100 760 M. im Jahre 1926 auf 11 358 288 M. im Berichtsjahre. Für Bildungszwecke wurden 8 834 151 M. verausgabt, davon 5 964 577 Mark für Verbandsorgane. Die Verwaltungskosten beliefen sich für alle Verwaltungszweige zusammen auf 43 197 600 Mark, und die Ausgaben für Agitation, Konferenzen, Verbandsstage, Verbindungen usw. erforderten die Summe von 25 107 874 M.

Die Zahl der Ortsausschüsse des ADGB. betrug Ende des Jahres 1927 insgesamt 1285. In 108 Orten sind Gewerkschaftshäuser, deren Träger die Gewerkschaften sind. Von 122 Ortsausschüssen werden Arbeitersekretariate zur Rechtsberatung der Gewerkschaftsmitglieder unterhalten. Weitere 299 Ortsausschüsse haben nur nebenamtlich verwaltete Rechtsauskunftsstellen. Die finanzielle Grundlage der Ortsausschüsse wird gebildet durch Beiträge der angeschlossenen Gewerkschaften, die meistens pro Mitglied festgesetzt sind. Seit dem Jahre 1924 ist eine ständige Aufwärtsbewegung der Beitragsleistung zu beobachten. Im Jahre 1927 erhoben 635 Ortsausschüsse einen Jahresbeitrag bis 80 Pf. pro männliches Mitglied, 216 Ortsausschüsse einen solchen von 81 bis 120 Pf. und bei 137 Ortsausschüssen ging der Beitrag über den letzteren Satz hinaus. Angaben über die Kassenvorhältnisse liegen von 1095 Ortsausschüssen mit zusammen 3 639 424 Mitgliedern vor. Die Gesamteinnahme betrug 3 450 288 M., davon kommen 2 604 306 M. auf Beiträge und 845 982 M. auf sonstige Einnahmen. Die Gesamtausgabe belief sich auf 3 134 960 M. Davon entfallen auf Agitation 134 924 M., auf Gewerkschaftshäuser, Herbergen und Versammlungsräume 156 271 M. und auf Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen 960 753 M. Für Bildungszwecke wurden 493 543 M. und für Arbeitervertreterwahlen 56 583 M. verausgabt. Die Verwaltungskosten betragen 680 479 M. und die sonstigen Ausgaben 412 172 M. An Beiträgen für die Bezirksausschüsse des ADGB. wurden 191 225 M. geleistet. Der Ausgabeposten für die Gewerkschaftshäuser enthält nur die Zuschüsse, die diese erhielten bzw. die für Gewerkschaftshäuser aufgebracht wurden, soweit sie durch die Kassen der Ortsausschüsse gingen. Die Kassensumme der Gewerkschaftshäuser, die Millionen betragen, stehen außerhalb der Finanzabrechnung der Ortsausschüsse. Als gemeinnützige Einrichtungen erhalten die Arbeitersekretariate des ADGB. auch häufig Zuschüsse aus öffentlichen Kassen oder auch von anderen Körperschaften. Nach der Statistik des Jahres 1927 erhielten 53 Sekretariate derartige Zuschüsse im Gesamtbetrage von 129 422 M. Dazu trugen bei: Länder 21 132 M., Kommunalverbände, Kreise, Provinzen 19 250 Mark und Gemeinden 70 670 M. Weitere 18 370 M. flossen aus den Kassen anderer Körperschaften.

Aber weitere Einzelheiten des organisatorischen Bestandes, der wirtschafts- und sozialpolitischen Tätigkeit des ADGB. wird ein demnächst erscheinendes besonderes Jahrbuch, auf dessen Inhalt später noch an dieser Stelle eingegangen werden soll, eingehender unterrichten.

Anträge zum Gewerkschaftskongress.

Im Anschluß an vorstehenden allgemeinen Bericht über Mitgliedsbestand und Finanzabrechnung usw. innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geben wir nachstehend noch einen Auszug aus den in Nr. 29 der „Gewerkschaftszeitung“ (Organ des ADGB.) veröffentlichten Anträgen zum 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der zum 3. bis 9. September d. J. nach Hamburg einberufen ist. Die Tagesordnung dieses Kongresses ist folgende: 1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen. 2. Bericht des Bundesvorstandes (Th. Leipart). 3. Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie (Fritz Raphael). 4. Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften (Otto Heister). 5. Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung (Hermann Müller). 6. Anträge zu den Bundesabteilungen. 7. Wahl des Bundesvorstandes. 8. Erledigung sonstiger Anträge.

Zu dieser Tagesordnung liegen zunächst Anträge vor, die auf Abänderung der Tagesordnung abzielen, und zwar zugunsten einer Erörterung der Haltung des Bundesvorstandes, der Lage der Jugendlichen, der Nationalisierung, der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und der Durch-

führung des Nachmittags. Ähnliche Anträge liegen auch zum Bericht des Bundesvorstandes vor. Weitere Anträge fordern Beibehaltung, Abänderung oder Bekämpfung des Schlichtungswesens, die Forderung nach Schaffung von Industrieverbänden wird mehrfach, teilweise sogar in diktorischer Form erhoben. Verlangt wird ferner: Aufhebung sämtlicher Zölle, die die Lebenshaltung verteuern, sowie die Abschaffung aller indirekten Steuern und der Lohnsteuer; Vereinheitlichung der Ferien in den Tarifverträgen; Schaffung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Ferienausgleichskasse; ein neuer Arbeitsgesetzentwurf; eine einheitliche gewerkschaftliche Alters- und Invalidenversorgung; keine Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an Handelsvertragsverhandlungen; Zurückziehung aller Gewerkschaftsvertreter aus dem Reichswirtschaftsrat, Kohlenrat und ähnlichen Körperschaften; Ausschaltung des Begriffs berufstätiger Erwerbslosigkeit in der Erwerbslosenversicherung; gesetzlicher Zwang zur Beschäftigung älterer Arbeiter; gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Fragen der Berufsausbildung; Kampf gegen jedes Reichsgesetz, das auf Betenntnissen oder Weltanschauungen aufgebaut sein soll; besonderer Schutz der jugendlichen Arbeiterkraft; Ablehnung aller Bestrebungen des ADGB. auf Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie; Bestärkte Eigenproduktion der Gewerkschaften auf allen ihnen zugänglichen Gebieten mit Erhebung eines besonderen Wirtschaftsbetrages; gewerkschaftliche Fortbildung nur auf marxistischer Grundlage; Ausbau und Vereinheitlichung der Sozialversicherung mit allem Nachdruck; Stabilisierung der Invaliditätsgrenze und der Altersgrenze; Auflösung der noch bestehenden Betriebskassen; Bekämpfung oder Abschaffung der Innungsakzentkassen; schärfere Bedingungen bzw. Auslese zum Besuch der gewerkschaftlichen Interkommunikationsstellen; strengere Regelung der Organisationsfragen bei Berufswechsel; genauere Regelung der Aufstellung von Kandidatenlisten bei gewerkschaftlichen Wahlen, Urwahlen und Anerkennung des Verhältniswahlsystems; Verstärkung der Stellung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften; Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses zwecks Zusammenarbeit der Amsterdamer mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale; Rückgängigmachung von Ausschüssen parteipolitischer oder oppositioneller Herkunft; revolutionärer Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion; Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms nach Vorschlägen des Bauwerkverbundes; umfassender Mieterschutz; Bekämpfung der bürgerlichen Sportbewegung und Förderung der Arbeiterturn- und -sportbewegung; Begabung aller gewerkschaftlichen Feiertage und Generalamnestie für alle Gefangenen, die wegen politischer oder anderer Handlungen innerhalb des Klassenkampfes bestraft wurden oder noch verfolgt werden.

Dieser Mieterschutz aus den Anträgen zum bevorstehenden Gewerkschaftskongress möchten wir weder eine Erläuterung noch eine kritische Stellungnahme zuteil werden lassen. Es ist zwar viel mehr Spreu als Weizen vorhanden, aber trotzdem hoffen wir, daß es dem Gewerkschaftskongress gelingen wird, sich durch diese widerspruchsvollen Anträge einen Weg zu bahnen und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einen Boden und eine Zierfingung zu erhalten, die ihn auch fernerhin als zuverlässigsten Träger und Schrittmacher der deutschen wie der internationalen Gewerkschaftsbewegung wirken lassen.

Gewerkschaftliche Jugendleiterkonferenz

Im Laufe der Zeit haben sich innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zunehmende Einflüsse der Sachbearbeiter für die Jugendfragen in den Verbandsvorständen und den Bezirken des ADGB. zu einer ständigen Einrichtung entwickelt. Mit dem wachsenden Umfang der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist die Zahl der Gewerkschaften und auch der Bezirke, die regelmäßig zu diesen Tagungen Vertreter entsenden, ständig gewachsen. Die zunehmende Bedeutung, die allen Fragen der Organisierung und Erziehung der Jugend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewidmet wird, findet ihren Ausdruck nicht nur in dem größer gewordenen Umfang dieser Konferenzen, sondern vor allem auch durch die Erstreckung der Beratungen auf Gebiete, deren Bearbeitung in ihrer Wichtigkeit für die Gesamtbewegung erst durch die intensivere Jugendarbeit erkannt werden konnte.

Am 13. und 14. Juli fand eine solche gewerkschaftliche Jugendleiter-Konferenz in Köln statt, die mit einer Beschäftigung der „Presse“ verbunden war. Es waren 26 Vertreter der Verbände und 7 der Bezirke des DGB, sowie vom Bundesvorstand Masche und Heßler anwesend.

Über die Frage „Jugendämter und Gewerkschaften“ machte Stadtrat Dittmer (Berlin) die einseitigen Ausführungen. Er wies nach, in wie starkem Maße die Gewerkschaften an den Aufgabengebieten der Jugendämter interessiert sind. Sie müssen deshalb der Besetzung des Vorstandes des Jugendamts größte Aufmerksamkeit widmen und selbst Vorschläge machen. Dittmer zeigte, wie sowohl bei der Jugendfürsorge wie auch bei der Jugendpflege die Richtung der Tätigkeit durchaus von dem im Jugendamt wirkenden Persönlichkeiten bestimmt werden kann. Mancher Jugendliche kann vor der Anstaltsfürsorge-Erziehung bewahrt werden, wenn verständnisvolle Mitarbeiter den häufig ausschlaggebenden finanziellen Gesichtspunkten die der sozialen Fürsorge und Pädagogik entgegenstellen. Auf die Beschaffung und Ausgestaltung von Jugendherbergen, Bibliotheken, Jugendheimen, Spielplätzen und auch bei der Vergabe von Mitteln an Jugendvereine und für Schülerwanderungen können wir gar nicht genug Einfluß nehmen. Auf allen diesen Gebieten müssen die Gewerkschaften für das Erreichen positiver Erfolge sorgen. Dasselbe gilt für die Ortschaften für Jugendpflege, die in Preußen über staatliche Mittel verfügen.

Die Aussprache, welche einzelne Beispiele fruchtbarer Wirkens gewerkschaftlicher Vertreter in solchen Körperschaften erbrachte, ergab grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Referenten. Gewünscht wurde, daß in einem Handbuch den Funktionären die notwendigen Hinweise und Unterlagen gegeben werden. In der Gewerkschaftspresse, in Rundschreiben und auf Konferenzen sollen die Gewerkschaftsmitglieder allgemein auf die Bedeutung dieses von den Gewerkschaften noch ungenügend beachteten Gebietes und zur Mitarbeit angeregt werden.

Zur Vorbereitung der auf dem kommenden Gewerkschaftstongreß herbeizuführenden Stellungnahme wurde sodann über unsre „Forderungen zum Berufsschulwesen“ beraten. Hierzu referierte Heßler. Er legte die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung dar und begründete besonders eingehend die Forderung nach einheitlichem Aufbau des beruflichen Schulwesens. Das heutige System der von den Schulen erteilten Berechtigungen sei dringend reformbedürftig, eine Berücksichtigung der beruflichen Bildung müsse unbedingt erfolgen. Vereinfachung in der Schulverwaltung und in der Schulaufsicht sowie Ausbau der inneren Einrichtungen der Berufsschulen ist notwendig, wenn die Schule zeitgemäß arbeiten soll. Die sehr lebhaft ausgesprochene, zeitliche Übereinstimmung mit dem Referenten und der vorgelegten Entscheidung. Gewünscht wurde, in dieser weiter zu betonen, daß die vom Breslauer Gewerkschaftstongreß 1925 erhobenen Forderungen aufrecht erhalten werden. Eine Stellungnahme zum „Berechtigungswesen“ wollten einige Redner vermeiden wissen, doch stimmte die Mehrheit dem Referenten darin zu, daß eine Entscheidung für uns unumgänglich sei.

Danach wurde Entschlüsse zugestimmt, von denen eine den Standpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz formuliert, eine andre vom Reichstag verlangt, daß er bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die Jugendbeschäftigungen berücksichtigt werden und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet. Bei der Erörterung dieser letzten Frage, zu der Senf (Berlin) die einseitigen Ausführungen machte, wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß einige Unternehmergruppen für Verkürzung der Lehrzeit eintreten, um dadurch den von ihnen besitzenden kommenden Mangel an gelehrten Arbeitskräften zu mildern. In den Berufen also, wo die Beschäftigung von Lehrlingen die von Wesellen überwiegt, wird längere Lehrzeit verlangt; ist die Lehrlingslöhntätigkeit unmöglich gemacht, so hat man an verlängertester Lehrzeit kein Interesse!

Der Konferenz wurde ferner von dem Jugendsekretär des DGB, Masche Bericht über eine Reihe wichtiger organisatorischer Angelegenheiten gegeben. Die Bestrebungen nach Schaffung eines einheitlichen Jugendführer-Ausschusses, der sowohl der Reichsbahn (Fahrpreisermäßigung), den Jugendherbergen wie auch den Bezirken gegenüber legitimiert, wurden begrüßt und ein baldiges Gelingen des Planes gewünscht. Als zweckmäßig wurde bezeichnet, daß der Betrieb des Abgleichens der „Freien Gewerkschafts-Jugend“, der bisher durch die Ortsausschüsse Berlin und Dresden erfolgte, central vom DGB, aus gesehen sollte.

Ein von kommunistischer Seite veranlaßter Antrag einer örtlichen Jugendabteilung, im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftstongreß eine Reichskonferenz der örtlichen Jugendleiter stattfinden zu lassen, fand einmütige Ablehnung. Die zahlreichen Jugendleitertagungen der Verbände wie auch der Bezirke des DGB, — auch die Jugendleitertagungen sind zu erwähnen — geben neben den Tagungen der an zentraler Stelle tätigen Jugendleiter soviel Möglichkeiten zur Information, zu Aussprachen, Anregungen und zu Forderungen an die Organisations- und die Öffentlichkeitsarbeit, daß kein Bedürfnis nach weiteren großen Konferenzen anerkannt werden konnte. Die Wichtigkeit dieses Jahres vom DGB, den Arbeiterparteiern und der Sozialistischen Arbeiterjugend gemeinsam eine Kundgebung

der Jugendführer dieser drei Gruppen stattfinden zu lassen, fand zustimmende Aufnahme.

Der Verlauf der Beratungen gab allen Teilnehmern die feste Überzeugung, daß in der Gewerkschaftsbewegung das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der heranwachsenden Generation in steigendem Maße zu praktischen Auswirkungen kommt. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit wird daher auch zukünftig von weiteren Fortschritten, von Ausbreitung und Vertiefung berichten können.

Ein unheilbarer Entschluß in der Tiefdruckfrage

Dieser Tage erit, also so kurz vor dem am 29. Juli in Jena zusammentretenden Verbandsrat der Lithographen und Steindrucker, daß wir vor dem letzteren nicht mehr dazu Stellung nehmen konnten, erhielten wir Kenntnis von einer Entscheidung des Tarifamts für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker vom 23. Mai d. J., die in ihrer Konsequenz einen formell wie grundsätzlich unberechtigten Eingriff in die Tarifzuständigkeit der deutschen Buchdrucker bedeutet, gegen den wir hiermit ganz entschieden Protest erheben. Es entzieht sich unsrer Kenntnis, ob für das Zustandekommen eines solchen Entschlusses, der nachstehend noch besondere Beleuchtung erfahren soll, maßgebende Kollegen im Verband der Lithographen und Steindrucker besondere Gebührensleistungen geleistet haben. Jedenfalls dürfte aber nicht zu bestreiten sein, daß sowohl die der Entscheidung zugrunde liegende Feststellungslage einer Leipziger Firma wie die Entscheidung selbst nicht ohne Wissen der Organisationsleitung des genannten Verbandes zustande gekommen ist, ohne daß von dieser Angelegenheit unsere Organisationsleitung in Kenntnis gesetzt und zur kollegialen Vor- oder Mitberatung aufgefordert wurde. Wir stellen dies nur fest, ohne daran zunächst weitere Erörterungen von kollegialen Gesichtspunkten aus zu knüpfen.

Der in Frage kommende Entschluß des Tarifamts für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker vom 23. Mai 1928 hat folgenden Wortlaut: „Tiefdruckmaschinenmeister, gleich welcher Organisation, unterstehen dem Tarif für das Deutsche Chemigraphie, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe.“ In der Begründung dieses Beschlusses, der wie schon angedeutet, ohne jede Mitwirkung von Organisationsvertretern der in Buchdruckereien beschäftigten und unserm Verbands angehörigen Tiefdrucker zustande gekommen ist, wird zunächst darauf verwiesen, „daß die erstmalige tarifliche Regelung für das Deutsche Chemigraphie, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe im Jahre 1906 vorgenommen worden sei.“ Das soll zunächst nicht bestritten werden; aber festgestellt sei, daß diese Regelung im Jahre 1908 auch schon damals, nicht für Arbeiter in Buchdruckereien betriebenen, Gültigkeit hatte; und auch nicht haben konnte, weil eben damals z. B. der Tiefdruck in heutiger Form mit maschineller Katalinanzugung noch gar nicht existierte und erst durch Erfindung der letzteren durch Dr. Merens in Freiburg im Jahre 1910 den Tiefdruck zur Einführung im Buchdruckgewerbe reif und von diesem aufgenommen wurde, weil es sich dabei in der Hauptsache um die Herstellung von Zeitungen, Zeitschriften usw. handelte, die vorher schon Buchdruckerarbeiten waren. Dabei ist noch zu beachten, daß es sich bei dieser Art Tiefdruck nicht um eine Übernahme des bis damals dem Kupferdruck näherstehenden Druckverfahrens handelte, sondern um eine Druckart, die der Rotdruckerei, also einem Zweig der Textilindustrie weit näher stand. Wollte man sich in dieser Frage auf eine technische Abstammungslehre stützen, so hätte z. B. der Textilarbeiterverband ein nicht minder zweifelhaftes Anrecht auf die Bedienung und Tarifierung der Tiefdruckmaschinen. Letzterer erhebt aber vernünftigerweise keinen Funken von Anspruch darauf, weil ihm der Unterschied zwischen einer Textilfabrik und einer Buchdruckerei ebenso klar ist, wie den Steindruckern und Lithographen der Unterschied zwischen der Herstellung von Tiefdruckträgern und dem eigentlichen Tiefdruck. Es soll dabei zunächst die Frage, ob nicht die Hersteller der Tiefdruckträger, also die Chemigraphen, die ja sowieso auch in ihren übrigen Arbeitszweigen zu 90 Proz. nur für das Buchdruckgewerbe und nicht für das Steindruckgewerbe tätig sind, unserm Gewerbe wesentlich näherstehen als dem Steindruck- oder Flachdruckgewerbe, ausgeklart bleiben. Aber abgesehen von allen diesen historischen und technischen Erfahrungstatsachen bleibt doch unbestreitbar, daß eine Tiefdruckmaschine oder -abteilung in einer Buchdruckerei eben zum Buchdruckgewerbe und nicht zum Steindruckgewerbe gehört.

Erfreulicherweise ist auch die Beurteilung der Frage der Organisationszugehörigkeit der Tiefdrucker in den letzten Jahren eine wesentlich vernünftiger geworden, indem von Seiten des Lithographen- und Steindruckerverbandes nicht mehr verlangt wird, daß Buchdrucker, die an Tiefdruckmaschinen arbeiten und Mitglieder unsres Verbandes sind, aus letzterem austreten und in den Steindruckerverband treten müssen. Zwar steht es immer noch nicht an gegenständlichen Organisationsstatistischen Quertreibungen; aber infolge der Ausbreitung des Tiefdrucks in Buchdruckereien, der ja in seiner Art lediglich auf anderer Einföhrung als im gewöhnlichen Buchdruck beruht, während dessen maschinentechnische Grundlage den Buchdruckmaschinen und ihrer Bedienungswiese belnahe so ähnlich sind wie ein Ei dem andern, ist heute die Zahl der an Tiefdruckmaschinen

in Buchdruckereien beschäftigten Buchdrucker und Mitglieder unsres Verbandes verhältnismäßig schon so groß geworden, daß man auch im Verband der Lithographen und Steindrucker einsehen mußte, daß Projektionemacherei in diesen Kreisen weder besonders erfolgreich noch grundtätig berechtigt sein kann.

Wesit noch die sogenannte Tarifhoheit über den Tiefdruck, die durch das erwähnte Urteil des Tarifamts der Chemigraphen usw. aufgestellt worden ist. Soweit es sich dabei um Tiefdruckanlagen, die zum unbestrittenen Tarifgebiet des Verbandes der Lithographen und Steindrucker gehören, handelt, soll das Recht dazu auch von unserer Seite nicht angezweifelt oder angefaßt werden. Kommen jedoch Tiefdruckabteilungen in Buchdruckereien in Betracht, die Arbeiten herstellen, die vordem im Buchdruckverfahren zustandekamen, also zum gewerblichen Bereich des Buchdrucks gehören, so kann für deren tarifpolitische Erfassung nur der Buchdrucker tarif in Frage kommen. Es ist uns aus früheren Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationsvorständen auf Arbeiterseite bekannt, daß der Zwangstarif für das Chemigraphengewerbe sich bezüglich des Tiefdrucks nur auf die Herstellung des Bildträgers, also der Tiefdruckplatten und nicht auf den Tiefdruck bezieht, und daß bezüglich einer tariflichen Regelung bzw. Erfassung des letzteren erst noch der Abschluß von Verhandlungen zwischen den Vorständen der beteiligten Arbeiterorganisationen abgewartet werden soll. Diese Verhandlungen sind leider immer noch zu keinem Abschluß gekommen, und zwar in der Hauptsache nur deshalb nicht, weil eben auf der andern Seite auf Umwegen das zu erreichen versucht wurde, was am 23. Mai 1928 das Tarifamt der Chemigraphen in der eingangs erwähnten Entscheidung ausgeprochen hat.

Von unsrer Verbandsleitung können wir sagen, daß sie nach besten Kräften bisher bemüht war, in kollegialer Weise eine beide Teile befriedigende Lösung der Streitfrage zu suchen. Der Stand dieser Verhandlung ist aber bis zuletzt über sich klar widersprechende Formulierungen noch nicht hinausgekommen. Wenn der gute Wille zu einer friedlichen Verständigung auf der andern Seite ebenso stark wäre wie auf unserer Seite, dann wäre das Verfahren und die Entscheidung des Tarifamts der Chemigraphen bis zum Abschluß der Verhandlungen zwischen den beiden graphischen Verbänden zurückzustellen gewesen. Das hätte im Sinne der Weimarer Abmachungen bezüglich des Chemigraphentarifs gelegen, vorausgesetzt, daß unsre Information, die uns von maßgebender Seite des Verbandes der Lithographen und Steindrucker gegeben wurde, auch den Tatsachen entspricht. So stehen wir nun vor einer Situation, die es uns nicht mehr gestattet, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Sollte der gegenwärtig in Jena verhandelte Tarifvertrag der Lithographen und Steindrucker in dieser Fäße keine andere Bälkung einschlagen; wird uns, wohl nichts andres übrig bleiben, als Gleiches mit Gleichem zu beantworten und zunächst zu erklären, daß die Entscheidung des Tarifamts der Chemigraphen für unsre Kollegen und Mitglieder keinerlei Rechtskraft hat, sondern nach wie vor nur der Buchdrucker tarif auch an Tiefdruckmaschinen für sie allein maßgebend bleibt!

Mechanisierung der Arbeit und Lohnanteil

Die Mechanisierung der Produktion, des Verkehrs wie des Handels macht ständige Fortschritte. Es gibt kaum noch ein Gebiet, das von ihr völlig unberührt geblieben ist; und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie die gesamte Warenzeugung samt Warenverteilung völlig beherrscht. Wie kümmerlich diese Entwicklung vor sich geht, zeigt in augenfälliger Weise der Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes. Im Jahre 1913 war hier die mechanische Kohlenförderung noch sehr gering. Noch rund 95 Proz. der Förderung entfielen auf Hand- und Schieferarbeit. Inzwischen ging diese unausgesetzt zurück. Im Jahre 1925 betrug ihr Anteil noch 52 und 1926 gar nur 33 Proz. Umgekehrt stieg die mechanische Kohlenförderung in der gleichen Zeit von 5 auf 67 Proz.

Der gleichen Entwicklung begegnen wir im Braunkohlenbergbau, wo sich fast die gesamte Arbeit von der Befreiung des Abbaus bis zum Abbau und zur Verarbeitung der Kohlen auf maschinelle Wege vollzieht, weshalb nur noch eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitern zur Verwendung gelangt. Ähnliches zeigt sich in der Metallindustrie, Holzindustrie, chemischen Industrie, Papierindustrie wie im Dienstleistungsgewerbe usw. Die Form der Mechanisierung der Erzeugung ist nicht überall die gleiche, wohl aber läuft sie in allen davon ergriffenen Industriezweigen auf den gleichen Zweck hinaus: den Arbeitsvorgang zu vereinfachen, zu beschleunigen, um an Arbeitskräften und Kosten zu sparen. Wir haben es hierbei mit einer technischen Revolution zu tun, die in nichts der großen Umwälzung nachsteht, wie sie am Beginn des vorigen Jahrhunderts durch die Einführung der Kraft- und Wertzeugmaschine herbeigeführt wurde. Im Wesen dieser Entwicklung liegt es, daß von ihr zunächst diejenigen Berufe ergriffen wurden, die der Befriedigung von Massenbedürfnissen dienen und deren Arbeitsweise der Mechanisierung den geringsten Widerstand entgegensetzt.

Dabei ist die Technik aber nicht stehen geblieben. Sie hat sich durch keinerlei Schwierigkeiten und anfängliche Mißerfolge davon abhalten lassen, die für aussichtslos betrachteten Ziele zu verfolgen, wobei sie schließlich selbst in Produktionsgebiete einbrang, die für eine Mechanisierung bis dahin nicht geeignet erschienen. Immer neue

Arbeitsmethoden wurden ausgearbeitet, bis die gesuchte Angriffsfläche gefunden war, um zum Einbruch vorgehen zu können. Die Erfolge dieser technischen Miniarbeit sehen vor aller Augen. In welchem Umfange der verfolgte Zweck erreicht wurde, dafür nur ein Beispiel aus jüngster Zeit. Bis vor kurzem erfolgte die Herstellung der Bekannten Glühlichtbirnen noch in der alten handwerksmäßigen Weise; sie wurden von dem Arbeiter aus der flüssigen Glasmasse geblasen. Ein Arbeiter vermochte so wöchentlich 250 Stück herzustellen. Nunmehr hat die Ostram G. m. b. H. in Siemensstadt bei Berlin für die Fertigung dieser Glühlampenröhren drei Westinghouse-Blasmaschinen aufgestellt, von denen jede völlig automatisch in 48 Stunden nicht weniger als 100 000 Stück fertigstellt. Das entspricht der Leistung von 400 Menschen. Die drei Maschinen machen also 1200 Arbeiter überflüssig.

Derartige Erfolge werden übrigens nicht nur durch Einführung neuer Maschinen erreicht. Was wir in den letzten Jahren als Rationalisierung und Mechanisierung in der Industrie kennenlernten, vollzieht sich zum erheblichen Teile auf dem Wege organisatorischer Änderungen und durch Zerlegung komplizierter Arbeitsvorgänge in einzelne einfache Verrichtungen. Die Anfänge dazu reichen in die Kriegszeit zurück. Das diesen Änderungen zugrunde liegende System ist freilich noch viel älter, es beginnt mit der ersten Arbeitsteilung. Ihre höchste Ausbildung sehen wir in der Anwendung des laufenden Bandes, das bereits starke Verbreitung gefunden hat. Wie groß die auch auf diesem Wege zu erzielenden Vorteile sind, zeigt das Beispiel eines württembergischen chemischen Unternehmens, das lediglich durch eine solche Umstellung in der Lage war, die seitherige Produktion mit einem Drittel der ehemaligen Belegschaft zu bewältigen, was einer ganz erheblichen Leistungssteigerung, einer Erhöhung der Kapitalkraft des Unternehmens und einer starken Verminderung der Kosten bedeutet.

Derartige Erfolge werden natürlich nicht überall im gleichen Umfang erzielt, dennoch können sie für die noch immer vor sich gehende Rationalisierung und Mechanisierung der Industrie als typisch angesehen werden. Sie bilden die Erklärung dafür, daß die technischen und organisatorischen Neuerungen immer weitere Verbreitung finden. Der auf diese Weise zu erzielende Vorteil treibt den einzelnen Unternehmer, alle Möglichkeiten auszunutzen, die ihm eine Erhöhung seines Gewinns in Aussicht stellen. Für die Exportindustrie sowie Industrien, die mit dem Ausland in Wettbewerb stehen, kommt noch als weiteres treibendes Moment hinzu, daß diese durchweg nur durch Steigerung der eignen Leistungsfähigkeit überwinden werden kann. Daß die mit der Rationalisierung und Mechanisierung der Industrie verbundenen Vorteile nicht gering sein können, zeigt ein Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der großen Unternehmungen sowie die allgemeine Preisbewegung. Trotz aller Rationalisierung bleiben die Preise auf ihrer Höhe, zeigen sogar eine auffallend steigende Tendenz.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Durchführung der Rationalisierung bedeutet diese für die Arbeiter keine Erleichterung. Die Intensität der Arbeit hat überall zugenommen, d. h. es wird von den Arbeitern eine gegenüber vorher wesentliche höhere Leistung gefordert. Das ist ja auch der Zweck der Rationalisierung! Teilweise wird die Leistungssteigerung — besonders dort, wo das laufende Band auf eine hohe Geschwindigkeit eingestellt ist — bis zur vollen Erschöpfung der Arbeitskraft getrieben. Hinzu treten für die Arbeiter die Nachteile neuer, noch nicht genügend ausgebildeter Arbeitsmethoden, für deren Anwendung ungeeignete Arbeitsräume, starke Zunahme von Staubentwicklung, übler und gesundheits-

schädlicher Dünste sowie eine erhebliche Steigerung der Unfallgefahren. Die Folgen sind: körperliche Überanstrengung, gemüßliche Überreizung, Zunahme der Erkrankungen und Unfälle.

Wird nun den Arbeitern für diese Anspannung und Steigerung ihrer Arbeitsleistung, wie auch für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Entlohnung ein entsprechender Ausgleich geboten? Bis jetzt ist hiervon sehr wenig zu bemerken, obwohl es doch selbstverständlich sein sollte, daß dem Arbeiter für die von ihm geforderte höhere Leistung auch eine Erhöhung seiner Lebenshaltung ermöglicht werden müßte, ihm eine Beteiligung an den erzielten Vorteilen der Rationalisierung zugestanden wird! Wie von gewerkschaftlicher Seite immer wieder hervorgehoben wurde, hat sich jedoch die Rationalisierung der Industrie fast ausschließlich zugunsten der Unternehmer und auf Kosten der Arbeiter vollzogen. Selbst dort, wo ganz offensichtlich die Verbesserung an der Arbeitsweise nicht aus zwingenden Wettbewerbsgründen erfolgte, die erzielte Verbilligung der Produktion vielmehr zweifellos eine erhebliche Steigerung der Gewinne veranlaßte, sind die Arbeiter leer ausgegangen. Die Abneigung der Unternehmer, den Arbeitern auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen, ist allgemein. Nur der gewerkschaftlichen Tätigkeit haben es die Arbeiter zu danken, wenn sich ihre wirtschaftliche Lage nicht verschlechtert und sich die Löhne einigermaßen den Preisverhältnissen anpassen.

Jede Steigerung der Produktion ist nur dann als Fortschritt zu betrachten, wenn ihre Vorteile allen Wirtschaftsgliedern zuteil werden. In diesem Falle hebt sich der allgemeine Wohlstand, wird neue Kaufkraft geschaffen, die neue Bedürfnisse weckt und auf die Produktion in dem Sinne einwirkt, daß ihr Auftragsbestand wächst. Fallen dagegen — wie es gegenwärtig geschieht — die Vorteile der Rationalisierung nur den Unternehmern als Besitzer der Produktionsmittel zu, so wird ihr Erfolg in das Gegenteil verkehrt. Die Kapitalmacht der Unternehmer wächst zwar, die Massen aber bleiben davon unberührt. Ihre Kaufkraft erfährt keine Zunahme, sie können daher die mehr erzeugten Waren nicht abnehmen. Der Absatz stockt, und die Unmöglichkeit, bei gleichbleibenden Preisen diese Stodung zu überwinden, muß zur Einschränkung der Produktion, Krise und in ihrem Gefolge zu vermehrter Arbeitslosigkeit führen. Aus diesem Dilemma des wirtschaftlichen Widerstands gibt es nur einen Ausweg: Steigerung des Lohnes der Arbeiter und Erhöhung ihres Anteils an Produktionsertrage, ohne daß dieser durch erhöhte Preise aufgezehrt wird. Dieses Ziel kann erreicht werden! Es bedarf dazu nur eines erhöhten Einflusses der Arbeiter nicht nur auf die einzelnen Betriebe, sondern der gesamten Wirtschaft, mit andern Worten: der vollen wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern!

Der Einfluß der Banken auf den Wirtschaftsmarkt

Wer die Geschäftsberichte großer, mittlerer oder auch nur kleiner Aktiengesellschaften durchblättert, kann feststellen, daß in den einzelnen Aufsichtsräten auch Vertreter des Bankkapitals mehr oder minder zahlreich vertreten sind. In den Nachkriegsjahren ist gerade ihr Einfluß ganz gewaltig gewachsen. So gehört beispielsweise der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, heute nicht weniger als 94 Aufsichtsräten an, während er 1913 noch einen einzigen und 1918 vier Aufsichtsratsposten innehatte. Eine ähnliche Entwicklung ist auf der ganzen Linie zu beobachten. Wieviel Aufsichtsräte

von Direktoren vier deutscher Großbanken befehlt waren, zeigt folgende Aufstellung. Es vertreten Direktoren der:

	Aufsichtsratsposten 1913	1927/28
Deutschen Bank	29	150
Dresdener Bank	31	133
Darmstädter- und Nationalbank	10	128
Berliner Handelsgesellschaft	40	124

Die verstärkte Einflußnahme des Bankkapitals auf die Industrie wird vor allem durch den Umstand begünstigt, daß die unpersonliche Aktiengesellschaft immer mehr zur herrschenden Unternehmensform wird. Von Ende 1913 bis Anfang 1927 ist ihre Zahl von 5000 auf über 12 000 gewachsen. Besonders in der Epoche der Inflation schossen ja bekanntlich in allen möglichen und unmöglichen Gewerben die Aktiengesellschaften wie Pilze aus der Erde. Selbst während der reinigenden Ära der Kreditknappheit in den Jahren 1924 und 1925, als der Konkurswind mit bis dahin ungekannter Heftigkeit wehte, fand nur ein Teil der in der infatorischen Scheinblüte entstandenen Aktiengesellschaften den erwünschten Tod. Ihre Zahl ist heute mehr als doppelt so hoch wie in den Vorkriegsjahren. Das erfordert dann auch mehr als doppelt so viel Aufsichtsratsmandate und Lianten, woran die Bankenvertreter in hohem Maße Anteil zu nehmen verstanden.

Eine weitere Möglichkeit auf die Zusammenfassung der Aufsichtsräte Einfluß zu nehmen, ist den Bankenvertretern durch die bestehenden aktienrechtlichen Bestimmungen gegeben. Ein großer Teil des aktienbesitzenden Publikums ist an der Verwaltung der Unternehmungen, von denen es Aktien besitzt, nicht interessiert. Das trifft so ziemlich auf das ganze Heer der Spekulanten zu. Hier ist das Augenmerk nur auf die Kursbewegung, besser auf die Kurschwankungen, gerichtet, um durch Kaufen oder Abstoßen zum gegebenen Zeitpunkt zu verdienen. In der Praxis spielt sich die Spekulationsstätigkeit so ab, daß der entsprechende Auftrag einer Bank übergeben wird, die meist auch einen bestimmten Spekulationskredit gewährt und die Aktien zur Verfügung hält. Fordert der betreffende Eigentümer die Aktie zur Generalversammlung des Unternehmens die Papiere nicht an — und die große Zahl der an der Verwaltung Desinteressierten tut es nicht — so ist der jeweilige Inhaber der Aktie, also das betreffende Bankhaus, aktienrechtlich befugt, entsprechend der Anzahl der bei ihm liegenden Wertpapiere auch für die interessierten Eigentümer das Stimmrecht auszunutzen. Die Spekulationsstätigkeit hat in den Nachkriegsjahren erheblich an Boden gewonnen, damit auch die Aufträge bei den Banken und ihr Vorrat an Aktien, womit ihnen die Möglichkeit gegeben ist, auf die Verwaltung der Unternehmungen über die Sigvereilung im Aufsichtsrat Einfluß zu gewinnen.

In den ersten Zeiten nach der Währungsstabilisierung war der Bankkredit für die von flüssigen Kapital entblöhten Unternehmungen vielfach der einzige Weg, wieder zu Blut und Leben zu kommen. Das von der Industrie den Banken gewährte Äquivalent bestand vielfach nicht nur in hohen Zinsen und Provisionen, sondern auch in der Übertragung von Aufsichtsratsmandaten an die Inhaber der betreffenden Bankinstitute.

Es fragt sich nun, in welcher Richtung die verstärkte Einflußnahme des Bankkapitals den Ablauf der Wirtschaft zu beeinflussen vermag.

Mit einer Verfeinerung der bankmäßigen Einflußsphäre ist kaum zu rechnen, denn das geteilweis während der Inflation hervorgetretene Bestreben starker Industrier, große Banken unter ihre Herrschaft zu bekommen, ist als endgiltig selbgeschlagen zu betrachten. Es sei hier nur an die Stimmlose Beteiligung an der Ver-

sehen konnte. Das Fernbleiben der beiden größten Berliner Verlage hat zur Folge, daß auch die mittleren Berliner Verlage, ebenso die Verleger Brandenburgs weg gelassen sind.

Daß gewiß nicht jeder von den Hunderten privater Zeitungsunternehmer Lust hatte, in Köln Standniete zu zahlen, wird niemand verwundern. Aber innerhalb der berufständischen Verbände wäre jedem Verleger die Möglichkeit geboten gewesen, vertreten zu sein. Tatsächlich hat sich von den rund zwanzig Bezirksvereinen der Zeitungsverleger noch nicht die Hälfte beteiligt.

Was an einzelnen Organisationen erschienen ist, hat nicht recht viel zu berichten. Wenn z. B. die mitteldeutschen Zeitungsverleger mit einer schauerlichen Grapsit daran erinnern, daß Luther in Mitteldeutschland geboren ist — was hat das mit der Presse zu tun? Aus Verlegenheit benutzen sie die Gelegenheit, um für ihr Land Beklame zu machen, wie der Bezirksverband Aachen, der mit der Stadtverwaltung zusammen ein riesiges keramisches Panorama aufbaut.

Was von Zeitungsverlegern als Einzelaussteller auftritt, renommiert vor allem mit seiner Insertionskraft. Das ist sein naives Recht. Unendlich geheimnisvoll ist ja der Prozeß, wie das Geld aus der Tasche von Leuten, die eine Anstellung suchen oder Zigaretten oder Automobile verkaufen wollen, herausfließt zum Zeitungsverleger und dann umgewandelt in Gestalt von suggerierter Meinung, nach Abzug des Unternehmergewinns, zu denselben Kreisen wieder zurückfließt. Aber dieser geheimnisvolle Kreisprozeß: Anknüpfungsbedürfnis — Geld — Meinungskonsum ist auf der „Presse“ als solcher nirgends dargestellt.

Wir denken nicht im entferntesten daran, die Lebendigkeit des Berufslebens der Zeitungsverleger mit dem allerbilligsten Fragezeichen zu versehen. Wir werden uns hüten. Aber zu einer sichtbaren Repräsentanz des großen Freiheitsrechtes, das die Zeitungsverleger verwalten, ist es auf der „Presse“ nicht gekommen. Nicht einmal in einem kitschigen Symbol, wozu es doch mindestens hätte reichen müssen. Als Symbole, die der bläßliche Hallenarchitekt Op gen Dorch an den Blickfangpunkten aufgestellt hat, sind nur zu bemerken: der Greif, das Zunftzeichen der Buchdrucker, und ein Globus, der keiner ist. Zu einem Symbol für das Freiheitsrecht der Pressefreiheit hat es nicht gelangt. Bieleicht ist es auch besser so. Das Recht der Pressefreiheit, für das manche Barrikade gebaut und mancher endlose Kerkerhaft abgeessen worden ist, ist nur in der kulturhistorischen Abteilung anzutreffen. (Welche zugleich die wertvollste der ganzen „Presse“ ist.) Heute ist dieses Freiheitsrecht in die Materie hinaufgehoben, ist nur noch verkörpert in der Realität der Bieleicht individueller Betriebe. Ein Bewußtsein davon besteht anscheinend nur noch in der Form wirtschaftlicher Konkurrenzfreiheit. Zu einer wirklichen korporativen Darstellung des Freiheitsrechtes der Presse ist es jedenfalls nicht gekommen. Dabei braucht man gerade auf der „Presse“ gar nicht weit zu gehen um zu erkennen, daß Mächte genug darauf warten, dieses Recht in Frage zu stellen.

Und weil es so ist, ergibt sich die Folge, die der nachsamer Besucher der „Presse“ deutlich genug spürt: Wer am wenigsten mit dem Herzen dabei war, sind die bürgerlichen Zeitungsverleger selbst. Sie haben im Grunde nichts zu verkünden. Sie sitzen auf ihrem Geschäft und betrachten die rechtliche Grundlage dieses Geschäftes als Selbstverständlichkeit.

„Presse“ und Gesellschaft

Zeitungsverleger sein heißt, aus der Verbreitung oder gar Verfertigung öffentlicher Meinung ein Gewerbe machen. Gehen wir wirklich Zeiten zunehmender staatlicher Potenz und stärkerer sozialer Bindung des Individuums entgegen, so werden sich vielleicht eines Tages die Menschen wundern, daß dieses wichtige Recht der privatkapitalistischen Initiative überlassen bleiben konnte, nicht anders als ob es sich um die Verfertigung und Verbreitung von Unterleibung oder Kunstseife handelte. Wor weiß, vielleicht ist die Existenz des privaten Zeitungsverlegers, aus der Gewerbefreiheit der französischen Revolution geboren, nur auf einen schmalen historischen Augenblick beschränkt.

Heute herrscht in Mitteleuropa unbeschränkte Pressefreiheit, und in diesem Augenblick findet die „Weltanschauung“ in Köln statt. Was zeigt das Bild?

Von Deutschland zunächst fehlt der unstrittig größte Zeitungsbetrieb, Alstein. Es fehlt ebenso Scherl, gar Hagenberg (als solcher). Von der Konzentrierung des Zeitungsgewerbes, diesem unendlich einschneidenden Prozeß, wird überhaupt nichts sichtbar. Masse ist da, da er als Inseratenverwalter des offiziellen Kataloges gewiß nicht

* Dieser Aufsatz entnehmen wir mit Erlaubnis der zuständigen Schriftleitung der empfindenswerten Wochenzeitung „Deutsche Republik“ (Wegand) von der republikanischen Arbeitsgemeinschaft und herausgegeben von Dr. Josef Wetz, und zwar in der Übertragung, damit den Lesern des „Borr.“ im Interesse einer objektiven Beurteilung der „Presse“ und der Abklärung ihres Verhältnisses auf dieser Anstellung einen Dienst zu erweisen. Daß wir die in dem Aufsatz enthaltene Kritik eines gewissen Verfassens deutscher Zeitungsverleger sachlich für berechtigt halten, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Schriftleitung des „Borr.“

liner Handelsgesellschaft erinnert. Beim Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns waren es gerade die Anteile an diesem Unternehmen, die zuerst, wie es in den Berichten des aus Banken bestehenden Stützungsforums damals hieß: „von Freunden des Instituts“ zurückgekauft wurden. Heute magt man noch ein Industriegehaltiger den Banken die Herrschaft auf dem Kreditmarkt freitig zu machen. Sie herzhafte unumfänglich.

Den Banken kommt es, wie allen Interessenten der kapitalistischen Wirtschaft, in erster Linie darauf an, an dem Einzelunternehmen zu verdienen. Und das nicht nur durch entsprechende Verzinsung des dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Kapitals, sondern auch gemäß ihrem Einfluß durch Beteiligung am Betriebsüberschuß.

Für Hergabe von Krediten und ihre Höhe ist der ausgewiesene Gewinn vielfach Vorbedingung und Richtschnur. So wirken die Banken stets in der Richtung, Gewinne auszuschnüffeln, auch wenn diese vernünftigerweise dem Unternehmen ganz oder teilweise verbleiben müßten. Nicht die Höhe der gezahlten Arbeitslöhne ist für sie maßgebend, sondern der Gewinn, auch wenn dieser auf Kosten der Löhne geht. In dieser Beziehung ist eine Feststellung in dem Schmalenbach-Gutachten über die Lage des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues von Bedeutung, es heißt dort wörtlich: „Einige Werksdirektoren haben bekundet, daß sie Rücksicht auf ihre Banken nehmen müssen; wenn nicht ein gewisser, wenn auch kleiner Gewinn ausgewiesen werde, so sei der Kredit gefährdet.“

Sehr groß ist der Einfluß der Banken auf die industrielle Konzentrationsbewegung. Gewährt ein Bankhaus einem Industrieunternehmen Kredit, so ist es an dessen Sicherung interessiert. Diese wiederum ist dann am ersten gegeben, wenn das Unternehmen rentabel arbeitet. Und diese Voraussetzung glaubt der Privatwirtschaftler durch Ausschaltung des preisbildenden Konkurrenzkampfes am sichersten erfüllt, wenn sich also die Unternehmungen einer bestimmten Branche in einem Kartell oder Konzern zusammenfinden. Noch deutlicher wird die zur Konzentration drängende Tendenz des Bankkapitals, wenn ein Bankinstitut um mehreren gleichartigen Unternehmungen interessiert ist. Dann soll — immer damit der Bankkredit gesichert bleibt — seines im Preistampfschaden erwachsen, was aber nur durch Zusammenfluß möglich ist. Diese Feststellungen sind teilweise nicht rein theoretisch. In Deutschland distanzieren man beispielsweise schon seit Jahren die Möglichkeiten eines Zusammenflusses in der Automobilindustrie, um den Konkurrenzkampf mit dem billigen amerikanischen Fordwagen bestehen zu können. Das größte Hindernis für einen deutschen Autotrust waren bisher die im Familienbesitz befindlichen Werke, vor allem Opel und Brennabor, wo das Bankkapital nur einen bescheidenen Einfluß hat. Bis hier ist ein einziger großer Zusammenfluß in der Autobranche erfolgt, nämlich die Fusion von Daimler und Benz. Sie kam nur zustande, weil die Deutsche Bank an beiden „Gesellschaften“ stark interessiert und deshalb das zur Verschmelzung drängende Element war. Neuerdings werden wieder Zusammenflußpläne in der Automobilindustrie erwogen. Sie gehen aus von der Darmstädter- und Nationalbank (Danaabank), besser gesagt, von deren Geschäftsinhaber Jakob Goldschmidt. Die Danaabank ist an den Adlerwerken und auch an Daimler-Benz interessiert und drängt von hier aus zur Vereinigung. Die Verhältnisse in der Automobilindustrie zeigen aber nur auschnittsweise die stets lebendige Konzentrationsstrebens, die dem Wirken des Bankkapitals innewohnt.

Die Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung für die organisierte Arbeiterschaft, für die Gewerkschaften, sind sehr nachteilig. In einer sich immer mehr zusammenballenden Wirtschaft kann nur eine ebenso fest ge-

schlossene Einheitsmacht der Arbeiterschaft Erfolge erzielen. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, doch gilt es sie in der Werbetätigkeit immer wieder in den Vordergrund zu stellen, denn je breiter der Kreis arbeitender Menschen ist, der sie ergreift, um so mehr wird sich der gewerkschaftliche Gedanke befähigen. Des weiteren läßt die gezeichnete Wirtschaftsentwicklung auch die Festigkeit kommenden Lohnkämpfe ahnen, die ja um den Ertrag der Wirtschaft geführt werden, auf den so mächtige Gruppen, wie das Bankkapital auf Kosten des Arbeitslohnes, Ansprüche geltend machen, die ihnen nur gewerkschaftliche Macht abzutrotzen vermag. Schließlich wird bei zunehmender Ausschaltung der Konkurrenz und wachsender Verstrickung für die Gewerkschaften die Frage der Preismitbestimmung eine immer dringlichere Zukunftsaufgabe. Mag die Erkenntnis dieser Entwicklung insofern sein, alle Kräfte aufzubieten, um diesen großen Anforderungen im Interesse der deutschen Arbeiterschaft gewachsen zu sein!

Korrespondenzen

Mühlhausen. Am Sonnabend und Sonntag, dem 14. und 15. Juli, feierten wir unser Johannisfest. Schon am Sonnabend mittag konnten wir eine Anzahl Kollegen aus Würzburg empfangen, die hier die Weispapierfabrik besichtigt hatten. In den festlich dekorierten Sälen der Heiland-Schwabinger Brauerei fand am Abend ein Sommer- und Tanzfest statt. An den Vortrag eines der Johannistage würdigen Prologs, gesprochen von Fräulein Magda Schlegel, schloß sich die Festansprache des Vorsitzenden Kollegen Heinrich Pfarre an. Er überreichte den Kollegen Hertinger und Wülfel für 25jährige Verbandsmittelschaft ein Diplom. Weitere Einzelgeschenke zeugten von der herzlichen Anteilnahme der näheren Betriebskollegen. Die Welsen der Kapelle Frische und die ganz prächtigen Gefangensprüche der Quartettvereinigung unter dem Dirigenten Hauptlehrer Haug verhielten den Abend. Mit einer Tanzunterhaltung fand der Abend einen schönen Abschluß. Sonntag morgen empfangen wir Kollegen aus Würzburg und Offenbach. Der Bezirksverein Offenbach war mit etwa 200 Personen erschienen, die hier ihr Johannistfest abhielten. In mehreren Gruppen wurden die Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigt. Um 10 Uhr fand im Weinhaus auch ein Vortrag des Kollegen Math Schumacher (Würzburg) über „Zweck und Ziel der Handwerkervereinigung“ statt. Für die Jugend- und selbstverständlich auch für die Erwachsenen brachte das Gartenfest in den Rasinolanlagen einige fröhliche Stunden.

Berlin. (Korrektoren.) Vom schönsten Sommerwetter begünstigt, unternahm der Berliner Korrektorenverein am Sonntag, dem 15. Juli, an Stelle der fälligen Mitgliederversammlung eine Wander-(Werbe-)Versammlung nach dem freundlichen märkischen Städtchen Trebbin. Die Trebbiner Kollegen hatten es sich nicht nehmen lassen, ihren Gästen den Aufenthalt in ihrem Orte so angenehm wie möglich zu machen. Unter Vorantritt eines Tambourkorps ging es durch die Straßen nach dem „Gesellschaftshaus“. Hier begrüßte der Ortsvorsitzende die Berliner mit einer kurzen, aber feierlichen Ansprache, in der er unter anderem darauf hinwies, daß erst im Vorjahr der Brandenburgische Maschinenfabrikerverein dem Städtchen einen Besuch abgestattet habe, ein Zeichen, daß auch Trebbin einen Anziehungspunkt für die Buchdrucker bildet. Als einziger Punkt auf der Tagesordnung der Versammlung stand der Vortrag des Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen Grunewald, über die Gauvorsteherkonferenz in Köln und über die „Presse“. Der Redner führte aus, daß alles Mögliche hierüber schon im „Korr.“ gestanden hätte und er sich deshalb auch nur auf Einzelheiten zu beschränken brauchte. Einen breiten Raum nahmen die letzten Lohnverhandlungen ein, die ja bekanntlich für die Kollegen eine sehr unbefriedigenden Ausgang genommen haben. Hierbei fand das Schlichtungsweisen nähere Kritik; es wurden die guten, aber auch die schlechten Seiten einer gründlichen Beleuchtung unterzogen. Für uns Buch-

drucker muß aber immer wieder der Anschluß an die Sparte betont werden; denn nur auf diesem Wege kann Erzieherliches erreicht werden. Das trifft natürlich auch für die Korrektoren zu. Bei einer eventuellen Kündigung des im nächsten Jahre ablaufenden Manteltarifs kann allerdings von einer pekuniären Aufbesserung für die Sparten nicht die Rede sein, da wir uns den Hamburger Verhältnissen sowie dem letzten Verbandstag in Berlin untergeordnet haben; jezt heißt es für uns Korrektoren, die alten Forderungen durchzusetzen: keine Berufsstreben in unsre Tätigkeit eindringen zu lassen, sondern nur geklebte Buchdrucker als Korrektoren zu beschäftigen. Und hierbei begrüßt der Redner die Bewegung in der Handlagersparte zugunsten der Korrektoren. Auch die Lehrfingerringe, die ja immer mehr von den maßgebenden Instanzen anerkannt wird, sind eine Erörterung, gerade die Einrichtung schließt uns vor einer Überfüllung des Berufs. Der zweite Teil des Vortrags betraf einen kurzen Bericht über die „Presse“. Der Redner war erkrankt über die Aufmachung, die diese einzig in ihrer Art bestehende Ausstellung aufweist. Die einzelnen Abteilungen wie z. B. der ADB., der SPD., der Sowjetpavillon, die katholische Abteilung, haben alle Anstrengungen gemacht, den Besuchern nur das Beste zu bieten; sie bewiesen aber auch, daß sie durch das Dargebotene versuchen, ihre Ziele zu erreichen. Bei der Abteilung der Korrektoren stehen Leute Stundenlang und vergnügen sich über die Druckfehler, die durch schlecht geschriebenes Manuskript u. a. entstanden sind. Einige Besucher machten sich sogar Notizen, und man geht nicht sehr, diese Abteilung als die humoristischste der Ausstellung zu bezeichnen. Zum Schluß forderte der Redner noch zu zahlreichem Besuch des Korrektorenabends am 24. August auf. Reicher Beifall lohnte diese sehr bemerkenswerten Ausführungen. Die in der anschließenden Aussprache gestellten beiden Anträge sollen in der am 12. August stattfindenden Verammlung zur Beschlußfassung gestellt werden. Während des Vortrags hatten die Trebbiner Kollegen ein Preisgegn für die Damen veranstaltet. Nach dem sehr guten Mittagsmahl fand noch ein Ausflug statt, der trotz der tropischen Hitze einen guten Verlauf nahm und der uns bewies, daß auch der von Berliner Ausflüglern seiner „öden Gegend“ wegen vielgeschmähte Sillen seine landschaftlichen Reize aufzuweisen hat. Ein schöner, kollegialer Sonntag liegt hinter uns, und den Trebbinern, die uns dazu mitverhalfen, sei auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen. An der Fahrt beteiligten sich 65 Personen.

Bremen. (Handwerkervereinigung.) Am 19. Juni veranstaltete die Handlagersparte einen Werbeabend, zu welchem sie den in Bremen den älteren Kollegen bestens bekannten Kollegen Franz Kumpol (München) gewonnen hatte. Die Versammlung fand in unserm schönen Verbandsheim statt. Nach Eröffnung der Sitzung begrüßte Vorsitzender Kollege Hamenig Kollegen „Frank“, der früher über 10 Jahre in Bremen gewirkt hat und schon damals ein eifriges Verbandsmitglied war, der nach den Schillerischen Worten handelte: „Immer strebe zum Ganzen“. Sodann begrüßte ihn noch, in humorvollen Worten, das kollegiale Leben in Bremen besonders betonend, sein früherer Spezialkollege „Dietrich“, Kollege Kumpol dankte in bewegten Worten, betonend, daß es ihm mit allen Härten seines Herzens nach Bremen, dem er 1812-1814 den Rücken gekehrt, gezogen habe. Sodann hielt er einen einfindigen Vortrag über „Zweck und Ziel der Handlagersparte“. Er führte u. a. aus, daß das Bestreben, eine Handlagersparte zu gründen, schon vor zwei Jahrzehnten vorhanden war, jedoch vom Verbandsvorstand und von allen Generalversammlungen abgelehnt wurde (Köln, Hannover, Danzig). Erst Nürnberg gab den Weg zur Spartenbildung frei. Heute wird die Vereinigung, wenn auch vielfach noch von den andern Sparten nicht gesehen, sich in ihrem Vorwärtsschreiten nicht mehr aufhalten lassen. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seinen instruktiven Vortrag. In der anschließenden Debatte, an der sich die Kollegen Betram (Dr.), Drettmann und Osmer beteiligt, wurde begrüßt, daß sich die Kollegen in Bremen zusammengeschlossen hätten. Nachdem im Schlußwort Kollege Kumpol seiner Freude über die Einigkeit in Bremen Ausdruck gegeben hatte, wurde zum gemütlichen Teil übergegangen, welcher äußerst humorvoll verlief, wozu nicht zum wenigsten der Gesangverein „Gutenberg“ sein Teil beigetragen hat.

Eberfeld. Unsere Bezirksversammlung im Solinger Gewerkschaftshaus am 15. Juli hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Die Kollegen des Vororts sowie aus Wald und Helbert waren zahlreich erschienen, während der größte Teil der Solinger Mitglieder der Versammlung fern geblieben war. Der Gesangverein „Gutenberg“ begrüßte die Anwesenden mit dem stimmungsvoll vorgetragenen Chor: „Empor zum Licht“. Unter dem ersten Punkt der Tagesordnung machte Vorsitzender Weber die Mitteilung, daß das Reichsjustizamt die Berufungsklage der Firma J. S. Born zwecks Geltendmachung von Schadenerschaftansprüchen durch den letzten Streit, abgelehnt habe. Mit Genugtuung nahmen die Kollegen hiervon Kenntnis. Kollege Peus berichtete über die Bezirksaffiziererkonferenz und gab den Kollegen den Rat, mit der Bezahlung ihrer Beiträge nun nicht mehr im Rückstand zu bleiben, da hiervon in Zukunft die Auszahlung der statutengemäßen Unterstellungen abhängig gemacht werde. Einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz gab Vorsitzender Weber. Die Anwesenden erklärten sich mit der dort geschaffenen Klärung unserer gegenwärtigen Situation im Gewerbe einverstanden. Der Rosenbericht lag gedruckt vor, dem Kassierer Kollegen Peus wurde Entlastung erteilt. Den anwesenden arbeitslosen und durchreisenden Kollegen wurden aus der Bezirkskasse 5 M. bewilligt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Oßlig bestimmt. Nach dem Mittagsessen ging es zur Besichtigung der Sieblung „Rannenhof“. In der dortigen Gaststätte wurde noch für einige Stunden Rast gemacht, die der Gesangverein „Gutenberg“ durch Liedervorträge verschönte.

Berka. Am Sonntag, dem 15. Juli, beging im schöngelegenen Lokator Weitenau bei Steinen der Bezirksverein sein Johannisfest. Der schöne und harmonische Verlauf des Festes hat die Vorarbeiten reichlich belohnt. Zwei Kollegen, die bereits 25 Jahre dem Verband

lofigkeit ein arges Mißverständnis. — Die jüdische Sonderschau daneben macht uns, daß wir soweit wie nur je davon entkernt sind, daß die drei Ringe des weisen Nathan in einen zusammenzuschmelzen.

Und zu diesen Ausstellungen der bindenden Mächte gesellt sich dann die dynamische von allen, die Ausstellung der Sowjet-Republik im Staatenhaus. Aggressiv, aktiv, im Dekorativen glänzend, nur sehr lärmend für das Auge, mit allen neuzeitlichen Mitteln der Mechanik, Beleuchtungstechnik, Photomontage auf den Besucher einwirkend. Nichts bleibt dem Betrachter überlassen, alles wird ihm suggeriert. Alle ästhetischen Gemüter sind von ihr entzückt, alle kunstgewerblichen Damen nennen sie an erster Stelle, und ahnen nicht, daß das Ästhetische hier am allerwenigsten eine nur ästhetische Sache ist, sondern eine ethische und zugleich, weil es die aktivistischste Ethik ist, eine terroristische. — Die falschißigste Ausstellung Italiens eröffnet erst in diesen Tagen.

Das Ergebnis:

Die moderne bürgerliche Gesellschaft konstituierte sich im Zeichen des Kampfes um die Pressefreiheit. In der Kammer Karls X. galt die Hauptenergie des Kampfes diesem Freiheitsrechte. Hundert Jahre später wird dieses Recht als sich selbstbedingendes Gut kaum mehr empfunden, so deutlich sich auf verschobenen Seiten die Mächte erheben, die bereit wären, es als „Vorurteil“ zu kassieren. Man sieht, es ist das allgemeine, bürgerlich-republikanische Bild. Man halte in Gebanten dagegen, wie eine Presseausstellung wohl vor einem halben Jahrhundert ausgesehen hätte.

Der Ironiker könnte sagen: Was ist es überhaupt mit dieser öffentlichen Meinung? Existiert sie überhaupt?

R u n o n e n a t u s .

War aber wohl überhaupt jemand mit dem Herzen bei der „Presse“, außer dem Oberbürgermeister von Köln? Doch, es scheint so. Mit dem Herzen dabei waren, nach dem Bilde der Ausstellung zu schließen, kurz gesagt, die Arrivés der letzten Revolution. Vor allem die Arbeitnehmersverbände, voran der Buchdruckerverband. Ihrer Ausstellung sieht man an, hier hat wirkliches Herzensinteresse die Schau gebildet, der Stolz, Neuerungen zu verkünden, der bei den bürgerlichen Verlegern fehlt. Höchstes Gut ist der Lohnstarif, und den werden sie sich nicht mehr nehmen lassen. Die sozialen Fürsorgeeinrichtungen, die Bildungseinrichtungen werden mit nicht minderem Selbstbewußtsein zur Schau gebracht.

Den selben Stolz spürt man in der Sonderausstellung der SPD. und der freien Gewerkschaften. Ihr Haus, von Schumacher (Köln), ist vielleicht der architektonisch reinste und konstruktiv interessanteste Bau der ganzen „Presse“. Die ganze Ausstellung atmet Selbstbewußtsein, Stolz auf das Erreichte, Bereitschaft, das Erreichte zu verteidigen, Würde der Darstellung.

Außerordentlich stark sind dann vertreten die Mächte der Bindung des Individuums, die Konfessionen. Eine große Überraschung die katholische Sonderschau. Sie ist künstlerisch die geachtvollste: kein Wunder, wenn man mit mittelalterlichen Gobelins und Evangelarien aufwarten kann. Man sieht, was es heißt, alte Ahnen zu haben. In der Gruppe des heutigen katholischen Pressewesens: ein überaus reiches Bestreben, durchaus modern zu sein.

Recht konsolidiert wirkt auch die evangelische Abteilung. Die Staffelei von Wartung ist konstruktiv ein ausgereicher Hallenbau, ob ein wirklicher Indachtsraum, mag jedes protestantische Gemüt mit sich selbst entscheiden. Die Glasfenster freilich in ihrer darminverfälschten Form-

Allgemeine Rundschau

angehören, wurde vom Bezirksvorstand ein Ehrendiplom überreicht. Die Feste wurde vom Gauvorsitzenden Kollegen Sandfort gehalten, der am Schluß seiner gut aufgenommenen Ausführungen den beiden Jubilären die Glückwünsche des Gauvorstandes übermittelte. Unter wertvollen musikalischen Darbietungen und Tanz verließen die Stunden viel zu schnell. Aufsteigend wurde der Meinung Ausdruck gegeben, ein spätes Johannisfest verbleibt zu haben. Der Besuch hätte in Anbetracht dessen, daß der Bezirksverein nicht jedes Jahr ein Johannisfest feiern kann, besser sein dürfen.

Magdeburg. (Druckerkreistreffen.) Am 15. Juli veranstaltete der Kreis Magdeburg eine Zusammenkunft aller angehörenden Vereine in Halberstadt. Zahlreich waren die Kollegen aus Aschersleben, Halberstadt, Quedlinburg und Burg bei Magdeburg dem Ruf gefolgt; Magdeburg war schwach vertreten, während Stendal einen Delegierten entsandt hatte. Von der Zentralkommission war Kollege Schulze (Berlin) erschienen und als Gast meiste der Kreisvorsitzende von Frankfurt a. M., Kollege Hummel, in unserer Mitte. Die am Vormittag im Restaurant "Waiersland" tagende Versammlung wurde vom Kreisvorsitzenden Kollegen Czern (Magdeburg) mit der Begrüßung der anwesenden Kollegen eröffnet. Kollege C i t e l begrüßte im Namen des Druckervereins Halberstadt die erschienenen Gäste, während Kollege Walter S c h u l z e die Grüße der Zentralkommission übermittelte und der Tagung in organisatorischer, tariflicher und technischer Beziehung einen guten Verlauf wünschte. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils sprachen die Kollegen Czern und Schulze (Berlin) über die "Presse", besonders letzterer verstand es in überaus fesselnder Weise ein Bild von der "Presse" zu entrollen; eine rege Aussprache technischer Art schloß sich dem Vortrag an. Unter dem Punkt "Verschiedenes" erdrannete bei der Behandlung interner Angelegenheiten eine heftige Debatte. Die heiklen Fragen wurden zur Befriedigung der Versammlung gelöst. Am Nachmittag wurde ein Ausflug nach "Spiegelberge" unternommen, wo die Kollegen bis zur Abfahrt in gefelliger Weise zusammen blieben.

Stuttgart. (Maschinenseher.) Inre Wanderversammlung am 8. Juli für den Gau Württemberg fand in Tübingen statt. Sie wies einen außerordentlich guten Besuch auf. Eingeleitet wurde dieselbe durch ein schön vorgetragenes Lied des Arbeitergesangsvereins "Frohinn" (Tübingen). Vorsitzender Kohler (Tübingen) eröffnete hierauf die Versammlung und ließ alle Erschienenen herzlich willkommen sein. Der Vorsitzende des Ortsvereins Tübingen, Kollege S c h i f f, sprach gleichfalls Worte der Begrüßung und wünschte der Versammlung einen guten Verlauf. Kollege R e i c h l e als Vertrauensmann der Maschinenseher in Tübingen ließ die Anwesenden herzlich willkommen sein. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt. Unter Mitteilungen brachte der Vorsitzende verschiedene Angelegenheiten zur Sprache. Die von der Monotype-Betriebsgesellschaft gestifteten Antennadeln konnten zur Verteilung gebracht werden. Der Firma sei auch an dieser Stelle hierfür gedankt. Auch die Zentralkommission begrüßte die Versammlung in einem herzlich gehaltenen Schreiben. Der Vorsitzende konnte die freundliche Mitteilung machen, daß sich in K e u l i n g e n ein Ortsverein gebildet habe, der sich die berufliche Weiterbildung als Hauptziel gesetzt habe. So seien die Maschinenseher allerorts bemüht, sich mit den technischen Neuerungen vertraut zu machen und hierfür Opfer an Zeit und Geld zu bringen. Nicht so sei das Verhalten einzelner Firmen. So habe die Firma Stähle & Friedel in Stuttgart auf Anfrage zwecks Beschaffung der neuerkündigten Monotype-Anlage (neueste Tafel und Siebmachmaschine) zuerst ausweichend geantwortet und auf nachmalige Frage abgelehnt und auf eine andere Firma verwiesen, die die neuesten Maschinen gar nicht besitzt. Dieses Verhalten sei zu bedauern, um so mehr, als von Prinzipalsseite aus immer wieder über den mangelhaften Nachwuchs in technischer Beziehung Klage geführt werde. Weiter brachte der Vorsitzende die Entscheidung des Reichsgerichtsamt betreffend Feilen- und Feilkontrolle, die im "Korr." (Beilage, Urteile des Reichsgerichtsamt) bekanntgegeben worden war, zur Sprache. Gegen diesen unhaltbaren Entscheid müsse Stellung genommen werden. In der Diskussion wurde besonders auf den letzten Punkt der Mitteilungen Bezug genommen und scharf der Entscheid des Reichsgerichtsamt verurteilt. Die Begründung des Entscheides sei in keiner Weise stichhaltig. Die Aussprache ergab die einstimmige Annahme einer Entschuldigungs, in der u. a. eine solche Kontrolle als schätzenswert bezeichnet und die Zentralkommission beauftragt wird, Schritte in die Wege zu setzen, damit bei der nächsten Tarifberatung klar festgelegt wird, was recht und billig ist (§ 2 Absatz 4 des Tarifs). Im weiteren Verlauf der Versammlung gab Kollege H a g e n b u c h einen kurzen Bericht vom Maschinenseher-treffen in Köln. Anschließend fand die Ehrung der Kollegen Carl S o h (Stuttgart), Eugen G r e ß (Wöppingen) und Eduard K a l f e r (Gmünd) für 25jährige Zugehörigkeit zum Maschinenseherverein statt. Vorsitzender Kohler äußerte sich dankend für die dem Verein bewiesene Zune. Als äußeres Zeichen des Dankes wurde ihnen ein kleines Geschenk überreicht. Kollege S o h dankte namens der Jubilare und forderte zu einem Hoch auf den Verband auf, in das kräftig eingestimmt wurde. Den Höhepunkt der Versammlung bildete wohl der nun folgende Vortrag des Betriebsleiters Moritz S c h ö t e r über: "Die Urform der Maschine". Im einleitenden Referat stellte er an Hand von Zeichnungen an der Tafel die Zuhörer durch die äußerst interessanten Ausführungen. Die Versammlung dankte durch reiches Beifall. Am 12½ Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen. — Anschließend fand das gemeinsame Mittagessen statt. Ein Spaziergang durch die Stadt zum Schloß folgte diesem. Von 3½ Uhr ab trafen sich die Teilnehmer im schönen Neckarmillereigenen beim Kongert. Von den Tübingen-Kollegen war in bester Weise alles gut organisiert, so daß sich das ganze Tagesprogramm reibungslos abwickeln konnte. Neben der Erledigung und Besprechung der Angelegenheiten der Organisation wurde die Kollegialität gepflegt, neue Freundschaften geknüpft und alte gefestigt. Die Befriedigung über den guten Verlauf der ganzen Veranstaltung war allgemein.

Meisterprüfung. In Mainz wurde von folgenden Kollegen die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe mit Erfolg abgelegt: Jean Kronenberger, Franz Hähnele, Karl Bürtzert, Hans Heinrich. — Vor der Gewerbestammer in Mainz i. B. hat der Kollege Walter Starck die Meisterprüfung bestanden.

Schiffenprüfung. Am 23. Juli fand an der Barmer Handwerker- und Kunstgewerbeschule eine Schiffenprüfung statt, an der sich 9 Seher und 2 Drucker beteiligten. Im Praktischen erhielten 1 Seher und 1 Drucker die Note Gut, 8 Seher Genügend, im Theoretischen 2 Seher und 1 Drucker die Note Gut, 7 Seher Genügend. Vor Ablegung der theoretischen Prüfung traten 1 Seher und 1 Drucker von der Prüfung zurück.

Explosion in einer Berliner Druckerei. Im Maschinenhaus der Druckerei R o s h & G a r s e l in Berlin, Bülowstraße 66, ereignete sich kürzlich ein schweres Explosionsunglück. Ein dort tätiger Maschinenarbeiter war gegen 11 Uhr mit der Inbetriebsetzung des Dieselmotors beschäftigt. Aus bisher noch völlig ungeklärter Ursache explodierte plötzlich die Ansaugfahse des Dieselmotors, mit dem Prestluft angefüllt war und unter einem Druck von etwa sechzig Atmosphären stand. Die Folgen waren geradezu verheerend. Das Maschinenhaus wurde schwer beschädigt und ein Teil der Decke zum Einsturz gebracht. Auf den Alarm rüdten Fahrzeuge der Feuerwehr und des städtischen Rettungsamtes an. Außer dem Maschinenarbeiter, der lebensgefährliche Verbrennungen erlitten hatte, und dem ein Arm abgerissen wurde, ist niemand verletzt worden.

Warnung vor antisakischen Schwindlern. Die Abneigung der deutschen Arbeiterklasse gegen das italienische Gewaltregiment wird von gewissen Gaunern schon seit einer ganz geraumen Zeit weidlich ausgenutzt. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß eine ganze Schar von Schwindlern mit gefälschten Ausweisen der "Antisakistischen Konzentration" bei den deutschen Gewerkschaftsorganisationen Geldbeträge erbeutet. Es wird dabei mit den schiefsten Legitimationen "gearbeitet", die von einer Stelle in Antwerpen hergestellt werden. Wo also solche Schwindler auftauchen, bitten wir wiederholt, diese zurückzuweisen und nach Möglichkeit ihre Namen festzustellen.

Ein Gewerkschaftsbericht. Von dem unaufhaltsamen Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung und der Ausbreitung des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens zeugt der Jahresbericht einer unserer größten Gewerkschaftsorganisationen, des Deutschen Vereines, vom Jahre 1927. Diese Organisation zählte am Jahresfuß 365 000 Mitglieder. Von den 482 754 neuen Mitgliedern, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hinzugeführt sind, hat der Vereines ihm allein 38 000 zugeführt. Die Jahreseinnahme befreit sich auf 11 516 557 M., von denen etwa ein starkes Fünftel, 2 574 669 M., für Unterhaltungszwecke aufgewendet wurden. Die Führung der Wirtschaftskämpfe erforderte eine Ausgabe von 477 330 M. Daraus gelang es der Organisation, Beschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren und Lohnerhöhungen im Gesamtbetrage von 1 496 817 M. pro Woche zu erkämpfen. 814 Tarifverträge waren in Geltung; von den durch diese Tarifverträge erfassten Arbeitern waren 62 Proz. organisiert. Daß es trotz der gewaltigen Zahl von 365 000 Mitgliedern noch immer Mitarbeiter in diesem Gewerbe gibt, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, zeigt, trotz des erfreulichen Aufstieges, daß auch diesen großen Gewerkschaften noch ein weites Feld der Beaderung geblieben ist.

Eine bedeutungsvolle Gedenkfeier. Am 21. August jährte sich zum 26. Male der Tag, an dem das Krimittschauer Textilunternehmertum, gestützt vom Unternehmertum ganz Deutschlands und auf die Macht des Staates, seine große Ausperrung von 8000 Textilarbeiterinnen und -arbeitern durchführte mit dem ausgesprochenen Zweck, die Organisation der Arbeiter zu zerrüttern und den heldenmütigen Kampf um den Feiertag abzubrockeln. 21 lange Wochen, vom August 1903 bis zum Januar 1904, tobte der Kampf. Doch die Arbeiterklasse hielt stand in dem Bewußtsein, daß es um die kulturelle Förderung der Bevölkerung der Arbeitszeit ging. In musterwürdiger Disziplin, von der Sympathie der gesamten deutschen Arbeiterklasse getragen, hielten sie den Kampf durch unter Opfern und Entbehrungen und konnten den Erfolg buchen, den Anschlag des gesamten reaktionären Unternehmertums abgelenkt zu haben. Aus Anlaß dieses heldenmütigen Kampfes veranstaltete der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes am 19. August in Leipzig eine Gedenkfeier an Krimittschauer Feiertagskampf, die mit Rundgedenken in Leipzig und Krimittschau verbunden ist und dem Gedanken an den großen Kampf mit seinen großen Opfern gewidmet ist.

Die Gründung einer katholischen Arbeiterinternationale. Nachdem die evangelischen Arbeitervereine im April d. J. in Düsseldorf eine Internationale der evangelischen Arbeitervereine gegründet haben, kann es nicht mehr überflüssig sein, wenn nun auch die katholischen Arbeitervereine dazu übergegangen sind, eine "Internationale der katholischen Arbeitervereine" ins Leben zu rufen. Ob beide vom Gesichtspunkt einer geschlossenen Arbeiterbewegung notwendig waren, kann hier unerörtert bleiben. Wir haben noch nie einsehen können, warum die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen von religiösen Befugnissen abhängig gemacht werden muß. Und diese Auffassung wird noch verstärkt durch die Programme, die beide Tagungen aufgestellt haben und die, abgesehen von der religiösen Bekenntnisfrage, wirklich nichts enthalten, was nicht schon längst vor ihnen von den freien Gewerkschaften vertreten worden wäre. Oder fordert die Gründungsversammlung der katholischen Arbeitervereine wirklich etwas Neues, wenn sie sich die "Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme" zur besonderen Aufgabe macht? Wer wollte das behaupten? Nur in einem Punkte kommen uns die katholischen Arbeitervereine einen Schritt weiter entgegen als die christlichen Gewerkschaften. Auch sie betreffen in ihrem Programm die Beschäftigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und legen wörtlich darüber: "Die katholische Arbeiterklasse wird

niemals anerkennen, daß ein Wirtschaftsbetrieb eine rein private Angelegenheit und ganz ausschließlich nur um des Erwerbes wegen da ist, und daß nur für diesen Fall ein berechtigter Anspruch auf Brot und Lohn für die Arbeiterklasse besteht. Sie wird niemals anerkennen, daß der Mensch innerhalb der Wirtschaft, an die er mit seinem und seiner Familie Schicksal gebunden ist, nur Werkzeug ohne Selbstwert sein kann." Das sind anerkannterwerte Worte. Aber eins fehlt: die letzte Konsequenz. Wer das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht anerkennt und solche Worte findet, der muß auch mit uns die Forderung vertreten, wie sie im Paragraph 1 unseres Statuts enthalten ist: Erweiterung des Mitbestimmungsrechts in der Produktion und Erziehung einer gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise." Aber vielleicht ist das doch zuviel verlangt. Hauptfrage ist ja, daß wir nun übersehrungsweise neben dem Internationalen Gewerkschaftsbund der freien Gewerkschaften noch zwei konfessionelle Internationale und damit noch eine weitere Zersplitterung der Arbeiterklasse haben. Wir wissen natürlich sehr genau, daß diese Gründungen nur Konzeptionen an die nachdenklich gewordene christliche Arbeiterklasse sind und erblicken auch in der weiteren Erkenntnis des sozialen Klassenbewußtseins unter den christlichen Arbeitern die beste Gewähr für eine künftige Abereinigung in der Beurteilung gemeinsamer Fragen.

Kraus auf dem englischen Bergarbeiterkongress. Am 17. Juli wurde in London der diesjährige Kongress des englischen Bergarbeiterverbandes eröffnet. Die Tagung hatte sich mit einer ganzen Reihe wichtiger Fragen zu beschäftigen. In seiner Eröffnungsansprache wies der Präsident darauf hin, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im Laufe eines Jahres von 785 000 auf 825 000 gestiegen ist. Die kommunikativen Bergarbeiterdelegierten von Lanarkshire (Schottland), die von dem Bergarbeiterkongress ausgeschlossen wurden, haben sowohl am Dienstag wie am Mittwoch versucht, die Verhandlungen zu stören. Am Dienstag blieben die Versuche ohne Erfolg, während es am Mittwoch zu einem schweren Zwischenfall kam. Als zwei der Delegierten in den Saal eindringen wollten, wurden sie von dem Präsidenten auf die Galerie verwiesen. Von dort aus begann der Sekretär des dortotierten Bergarbeiterverbandes von Lanarkshire eine Rede zu halten. Der wiederholten Aufforderung des Präsidenten Smith, den Saal zu verlassen, leistete er nicht Folge, so daß sich Smith persönlich auf die Galerie begab, um den Aufstörer hinauszuwerfen. Der kommunikativen Delegierte Arthur Hoerner wurde dabei ziemlich übel zugerichtet.

Prügel anstatt Lohn. Das "Hamburger Echo" berichtet in Nr. 186 über einen Vorfall, der charakteristisch ist für die Art, in der die landwirtschaftlichen Unternehmer Lust und Liebe zur Landarbeit erwecken. Auf einem Gute bei Neuburg in Mecklenburg war der ehemalige Kriegsgesangene Marquus mit seiner Frau mit Rübenbuden beschäftigt. Die Arbeit war beendet, und der Landarbeiter forderte sein Geld. Anstatt des vereinbarten Lohnes für 14 Tage bekam er nur 20 M. für sich und seine Frau. Seitdem kam es zu einem Wortwechsel zwischen ihm und dem Dorfschmitt, in dessen Verlauf M. von dem Dorfschmitt und dem Inspektor mit Gummistöcken über den Kopf geschlagen wurde. Die Schläge waren so heftig, daß der Mann geistesgestört wurde und in eine Anstalt gebracht werden mußte. Landwirtschaftlichen Unternehmern, die sich derartig schamlos gegen Landarbeiter verhalten, kann man nur wünschen, daß ihnen auch der letzte Landarbeiter davonläuft. Sie haben es nicht verdient, daß sich Menschen ihrerwegen abradern. Soweit der Deutsche Landarbeiterverband in Frage kommt, registriert er alle diese Begebenheiten sehr sorgfältig für den Fall, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer wegen des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitkräften wieder einmal eine Staatsaktion einfallen sollten.

Literarisches

"Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgeschichte." Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins an Leipzig, 66. Jägerstraße, Post 4. 1928. Das vorliegende Heft ist dem deutschen Buchgewerbe auf der "Presse" gewidmet. Neben einem hierauf bezüglichen rechenreichen literarischen Aufsatz enthält das interessante Heft den zweiten Vortrag von Paul Henner über "Tinte und Typographie" und den dritten Vortrag von Professor G. Meinte über "Original und Reproduktion". Ein Artikel über "Zwanzigjährige der Buchdruckerei von Dr. Adolf Wittenberg, August an der Staatlichen Kunstakademie Berlin" sowie "Verlagsskizzen" ergänzen den reichen Inhalt des aktuellen Heftes.

Berchiedene Eingänge

"Der moderne Buchdrucker." Prella, 1928. Herausgegeben von der Bremerhavener Sechsmaschinenfabrik G. m. b. H., Berlin N 4.

Briefkasten

F. R. in R.: Beides nicht aufgenommen. — **F. R. in Post:** In einem Briefwechsel für den "Korr." hätte man sich doch wohl aufschreiben müssen. — **M. in R.:** Nr. 24: 645 St. — **H. G. in D.:** Nr. 201: 810 St. — **D. in G.:** Nr. 205: 826 St. — **A. in G.:** Nr. 207: 586 St. — **G. in R.:** Nr. 210: 705 St. — **D. in D.:** Nr. 272: 1260 St.

Verhättnisse. Von einem Justizsekretär i. R. wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der schon mehrfach verbriefte Artikel des Kollegen G. B. über das Anstellungsverhältnis Buchdruckerleistungen von Dr. Adolf Wittenberg, August an der S. 54 noch dahingehend zu betrachten ist, daß der in der Rubrik stehende Beamte nie ein volles Verleihen nach sich ziehen konnte. Die Unterzeichnung dieses Beamten, sondern das sogenannte "Wunderzeichen" enthält nur die S. 1 e r b l e b e n e n des in Dienst oder nach seiner Pensionierung verstorbenen Beamten, und zwar in Höhe der Besoldung, die der Beamte an seinem Todes-tage gehabt hat.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreieckstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Str. 1101, 3141 bis 3145. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kasseposten und Beamtent. Nr. 66, Berlin S 1, Bülowstraße 66. Wollschloßpost Berlin Nr. 1028 87 (B. S. 20. 11. 11.).

Statistiken einsehen!

Späterer Einblendetermin für Juli 7. Kraus, Stuttgart für die Fäktion der Arbeiter Nr. 26. 3. 11. Auf richtige Franzierung der Statistiken ist zu achten.

Dr. G. V. in R. Bei Stellenangeboten der Firma M e l c h e r in G e t t e Verlag für Volkswirtschaft in A y l e (Wien), ist in dem 1. Buchdruckerkosten bei R. Sandfort, Freiburg i. B., Schwabenstraße 2.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
Im Gau Schlesien der Drucker Abraham Oellu, geb. 1883...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Gau Hamburg-Altona. Das Verbandsbuch des Lehrers Wilhelm...

1:2122). Ist angebl. auf der Reise gestohlen worden. Dem Kollegen...

Berufungskalender

Kuerbach-Falkenstein i. B. Berufung in L. u. a. Sonnabend, den 1. August...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebenseitige Millimeterhöhe für Stellen...

PRESSA KOELN 1928/MAI BIS OKTOBER



Grosste Kulturhistorische Schau/ Das Nachrichtenwesen aller Zeiten und Völker/ Tagespresse und Zeitschriften im Rahmen ihrer Umwelt/ Ausstellungen der Industrie und des graphischen Gewerbes/ Viele Sonderausstellungen/ 5000000000 GROSSE AUSSTELLUNGSPARK IM RECHTEN RHEINUFER MIT AUSSTELLUNGSPARK NORD/ DEUTZ/ AUSSTELLUNGSPARK SÜD/ VERGOLDENE WÄNDLER/ RHEINUFER-BAU/ DOMBILDERUNG/ JED. MITTWOCH/ SONDERFAHRTEN/ VERBILDIGTE TRIPS/ PRAKTISSING/ MITTWOCH/ KUNST/ DURCH/ ALLE/ REISE/ BÜRO/ 5



Atemnot

insbesondere Asthma, Bronchialkatarrh, Lungen tuberkulose, Husten, Verstopfung heilt die wissenschaftl. anerkannte, in zahlr. Kliniken bewährte, von Professoren u. Ärzten empfohlene Prof. Ruhnische Maske

Dank! Für die uns anlässlich unseres 60jährigen Ortsvereinsjubiläums zuteil gewordenen Ehrenten seitens der Ortsvereine und einzelnen Kollegen...

Ethnographischer gesucht. Mächtig lebhar Personen werden um Beschreibung mit Angaben über feldtätige Tätigkeit, Alter, Vohnjorderung und Eintrittszeit gebeten.

Junger, tüchtiger Ziegelbruder (20 Jahre alt, Prinzipalsohn), der sich weiterbilden möchte an der Schnellpresse...

An selbst. Arbeiten gewöhnter Flach- und Rundstreichpeur perfekt im Nalischneiden...

Monothypiegeher wünscht sich innerhalb Berlins zu verändern. Angebote unter Nr. 266 an die Geschäftsstelle des 'Korr.'.

Schriften-Einsparungen, Füllmaterial, Formas u. Unterlagense liefert Karl Egel, München 9, Kolumbustrasse 1.

MUSIK Instrumente Ergehörte der Organisten 45 Jahre an. Wir werden in dem Vertrieben ein treues Mitglied. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Am 21. Juli verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Jubalide W. Weinershaus aus Gera, im Alter von 68 Jahren.

Am 21. Juli verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenführer Wilhelm Fiedler aus Gera, im Alter von 66 Jahren.

Am 21. Juli verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenführer Wilhelm Fiedler aus Gera, im Alter von 66 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Jakob Neufirchen aus Wittenberg (Alt), im Alter von 77 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Wilhelm Fiedler aus Gera, im Alter von 66 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Heinrich Geißler aus Gera (Alt), im Alter von 63 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Jakob Neufirchen aus Wittenberg (Alt), im Alter von 77 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Wilhelm Fiedler aus Gera, im Alter von 66 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Heinrich Geißler aus Gera (Alt), im Alter von 63 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Jakob Neufirchen aus Wittenberg (Alt), im Alter von 77 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Wilhelm Fiedler aus Gera, im Alter von 66 Jahren.

Am 4. Juli verstarb der Korrektorwalde Heinrich Geißler aus Gera (Alt), im Alter von 63 Jahren.

Gau Dresden

Laut Beschl. des Gauvorstandes findet am 23. September ein Außerordentlicher Gauptag statt. Sokal usw. wird in unserer Mitteilung noch bekannt gemacht.

Maschinenführervereinigung im Gau Dresden

Auf die am 5. August stattfindende Grabentour wird nochmals aufmerksam gemacht. Treffen: Freitag 7 Uhr Hauptbahnhof, Kumpelthale. Abfahrt: ab Hauptbahnhof Dresden 7.35 Uhr...

Ortsverein Dessau

Am Sonnabend, dem 6. und Sonntag, dem 7. Oktober, im 'Evoli' zu Dessau: Feier des 60jährigen Bestehens unter Mitwirkung der Gefangenenvereine 'Gutenbergs' und 'Vordürrens'.

Ortsverein Billingen (Schwarzwald)

Im Verband der Deutschen Buchdrucker Sonnabend, den 11. August (Verfassungstag), abends 7 Uhr, in der Festhalle: Feier des 30jährigen Jubiläums des Ortsvereins und seines Vorstehens.

Abendzwecker

Für eine Großdruckerei Sachsens wird ein tüchtiger, erstklassiger gesucht. Derselbe muß im Entwurf und Satz Duzentliches leisten...

Reineinige Illustrations- u. Farbendruckerei

für Qualitätsarbeiten in angenehmer Dauerstellung sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Druckmustern, Lohnansprüchen...

Tüchtiger Linotypsetzer

für sofort gesucht. Abertausende Bezalung. Angebote an 'Wormser Nachschichten', Worms.

Korrektor und zweiflüßiger Linotypsetzer

zur Vertretung für längere Zeit gesucht. Eintritt kann sofort erfolgen.

Postkarten vom Verbandshaus

20 Stück 90 Pf. (Porto 10 Pf.). Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Berlin SW 61, Dreilbundsstr. 5.

Kästen und Regale

Schleife, Winkelhaken, Stange, Schlüsselloch liefert K. Egel, München 9, Kolumbustrasse 1.

Einolfchnitt

sein Werkzeug in Karton liefert für 3 Mk. K. Egel, München 9, Kolumbustrasse 1.

Die Korrektoren treffen sich auf der 'Pressa' in Köln am 26. August 1928

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilbundsstr. 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreilbundsstr. 5.